



Juni 2007

Kastenlose wird Ministerpräsidentin im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Indiens: Auftakt einer Umwälzung des etablierten politischen Systems?

Renate Tenbusch, FES Neu Delhi

- Eine aus der Kastenlosenbewegung (Dalits) hervorgegangene Regionalpartei, mit einer Unberührbaren als Spitzenkandidatin, gewann die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen in Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat Indiens.
- Der überwältigende Sieg der Bahujan Samaj Party (BSP) in Uttar Pradesh wird zweifellos die nationalen Parlamentswahlen in 2009 beeinflussen. Das politische Establishment in Indien wurde wachgerüttelt.

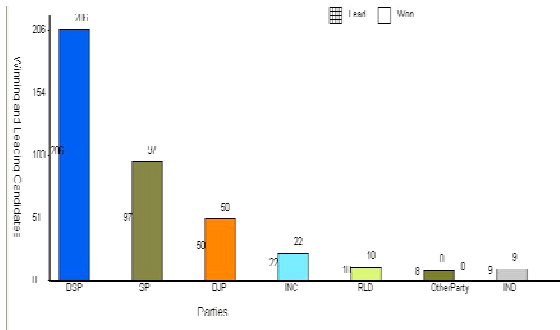
Ergebnisse der Wahlen in Uttar Pradesh

Kräftige Statur, rundes Gesicht, kurzes Haar und gekleidet in pinkfarbener Seide, so stand die Spitzenkandidatin der Bahujan Samaj Partei (BSP) und zukünftige Ministerpräsidentin von Uttar Pradesh (UP), Mayawati Kumari (51) am 11. Mai vor den Mikrofonen ihrer ersten Pressekonferenz. Die Wahlkommission hatte gerade das Ergebnis der Landtagswahlen im bevölkerungsreichsten Bundesstaat der indischen Union bekannt gegeben. Es bescherte der aus der Dalitbewegung hervorgegangenen Regionalpartei BSP einen erdrutschartigen Sieg. Die BSP erreichte mit nur 32% der Stimmen 206 der insgesamt 403 Landesparlamentssitze. Damit konnte die Partei ihr Ergebnis im Vergleich zu 2002 nicht nur mehr als verdoppeln, sondern erreichte nach 16 Jahren instabiler Koalitionspolitik in UP als Einzelpartei eine regierungsfähige Mehrheit.

Die größten Verluste musste die bisher führende Samajwadi Partei (SP) des heftig umstrittenen Ministerpräsidenten Mulayam Singh Yadav verschmerzen. Sie verlor 46 Mandate und liegt mit nur noch 97 Abgeordneten im Landesparlament weit abgeschlagen auf Platz zwei, hinter der BSP.

Die beiden nationalen Parteien Bahariya Janata Partei (BJP) und die Kongress-Partei (INC) zählen gleichfalls zu den Verlierern, wobei die führende Oppositionspartei auf Bundesebene, die hindunationalistische BJP, gemeinsam mit der SP zu den großen Verlierern zählt. Die BJP verlor 38 ihrer 135 Mandate, während die von Sonia Gandhi und Premierminister Manmohan Singh geführte Kongress-Partei lediglich ihre schwache Position nicht behaupten konnte. Sie verlor drei Sitze und liegt nun auf Platz vier, weit hinter den beiden nationalen Oppositionsparteien BJP und SP. Die übrigen 27 Sitze teilen sich kleinere Gruppierungen.

In Indien wird nach dem englischen Mehrheitswahlrecht gewählt. Es gewinnt der Kandidat/die Kandidatin mit den meisten Stimmen, daher spielen die Stimmenanteile im Endergebnis keine Rolle. Die Wahlbeteiligung in Uttar Pradesh lag bei ca. 47 %. Die Wahlen fanden in sieben Phasen über vier Wochen verteilt statt und verliefen dank hervorragender Planung und Umsetzung durch die unabhängige Wahlkommission zum ersten Mal in UP friedlich und fair.



Mayawati: Eine Kastenlose wird zur politischen Hoffnungsträgerin?

Bereits als Studentin engagierte sich Mayawati für die Rechte der landesweit ca. 240.000 Inderinnen und Inder, die vom Kastensystem ausgeschlossen sind und sich selbst als Dalits bezeichnen. Der BSP Gründer Kanish Ram entdeckte Mitte der achtziger Jahre ihr politisches Talent und ließ sie für die Dalitpartei in Uttar Pradesh kandidieren. Im Jahr 1989 wurde sie zum ersten Mal ins nationale Parlament, die Lok Sabha gewählt. Anschließend führte sie insgesamt drei Mal (1995, 1997, 2002) als Ministerpräsidentin diverse Koalitionsregierungen in ihrem jetzigen Heimatstaat Uttar Pradesh an. Sie war die erste Dalit und die erste Frau, die die Position einer Ministerpräsidentin in Indien übernahm. Allerdings währte ihre längste Regierungszeit gerade mal 15 Monate. Waren zuvor die Spaltung der Fraktion und die Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner BJP die Ursachen, musste sie 2003 wegen des Vorwurfs des Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit einem Bauprojekt in Agra zurücktreten.

Mayawati hängt der Ruf einer prestigeesüchtigen und vor allem rachsüchtigen Dalit-Diva an. Oppositionelle, Brahmanen und andere Angehörige der Ober- und Mittelkasten wurden während ihrer Amtszeit aus allen wichtigen Ämtern und Gremien entfernt. Die aus armen Verhältnissen stammende Politikerin verfügt über beachtliche Reichtümer, die sie anlässlich privater Feste gerne zur Schau stellt. Dessen dubiose Quellen sind Gegenstand des gegen sie angestrebten Korruptionsverfahrens im *Taj Heritage Corridor Skandal*. Vor Gericht übernahm mit Satish Chandra Mishra überraschenderweise ein Brahmane als Anwalt ihre Verteidigung. Mishra blieb von da an ihr engster Berater, mit dem sie gemeinsam das Konzept der Öffnung der Kastenlosenpar-

tei für weitere benachteiligte Gruppen (OBCs) und höherrangige Kasten, vor allem für die Einbindung der traditionellen Führungselite der Brahmanen, entwickelte und erfolgreich umsetzte.

Mayawati hatte aus den negativen Erfahrungen als Juniorpartner mehrerer Koalitionsregierungen ihre Lehre gezogen. Um sich von anderen Parteien unabhängig zu machen, musste sich die Dalit-Partei für eine breitere Wählerschicht öffnen. Mayawati mäßigte also ihre scharfe Anti-Brahmanenrhetorik und begann, Vertreter höherer Kasten und Muslime als Kandidaten ihrer Partei aufzustellen. Zudem profilierte sich Mayawati in einem stark personenorientierten Wahlkampf als einzige Alternative zum amtierenden Ministerpräsidenten Mulayam Singh Yadav.

Mayawati gilt als durchsetzungsfähig, zielorientiert und extrem diszipliniert. Völlig ungewöhnlich für indische Politiker hält die Unverheiratete ihre Familie auf Distanz und neigt nicht zum Nepotismus. Sie kündigte an, als Ministerpräsidentin würde sie der jahrelangen instabilen Koalitionspolitik, den kriminellen Praktiken und mafiösen Verbindungen des amtierenden Ministerpräsidenten und seiner SP geführten Regierung, die häufig als „Dschungel-Regime“ oder auch Terror-Regime kritisiert wurde, ein Ende setzen. Das Fehlen von Recht und Ordnung, die miserable Infrastruktur, die unkontrollierte Korruption und ineffektive Administration hatten unter der SP-Regierung zu anarchischen Zuständen geführt und die bereits schwache Entwicklung in Uttar Pradesh vollkommen blockiert.

Die für die indische Gesellschaft typische kulturelle, religiöse, ethnische und entsprechend politische Spaltung trifft für das Kernland des Hinduismus im besonderen Maße zu. Uttar Pradesh ist eines der rückständigsten und ärmsten Bundesstaaten Indiens. Neben den 22% Dalits zählen in Uttar Pradesh 37% der Bevölkerung zu den Unterkasten (OBCs) und 16% zur muslimischen Minderheit. Somit gehört über die Hälfte der Bevölkerung von UP zu den sozial und politisch benachteiligten Gruppen in Indien. Bisher werden nur die Dalits und die OBCs durch eine Reservierungspolitik im öffentlichen Sektor speziell gefördert. Der Plan der Kongress-Partei, Quoten auch für die muslimische Minderheit einzuführen, hat

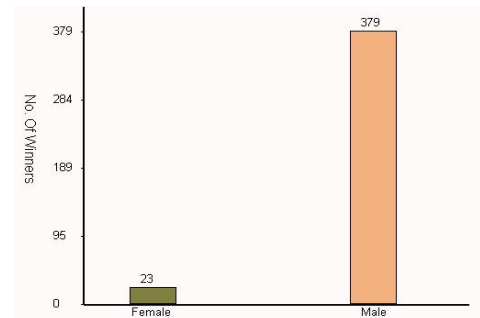
vor allem die Brahmanen und die Ober- und Mittelklasse, die zusammen weitere 30% der Bevölkerung in Uttar Pradesh ausmachen, verschreckt. Deren zuvor traditionell gesicherter Zugang zu politischen und öffentlichen Ämtern und Bildungsinstitutionen wird durch eine Ausweitung der Reservierungspolitik auf die Muslime noch weiter eingeschränkt. Viele Angehörige der Oberkasten, vor allem Brahmanen, zählen mittlerweile zu den wirtschaftlich Schwachen.

Neue Taktik brachte Erfolg, doch Frauen bleiben weiter außen vor

Mayawatis Strategie ging auf. Von der Samajwadi Partei gewann sie die Stimmen der Muslime, die an einen Sieg der SP nicht glaubten und vor allem die hindunationalistische BJP verhindern wollten. Von der BJP erhielt sie die Stimmen der Brahmanen und OBCs, denen die pro-muslimische Politik der Samajwadi Partei missfällt und die sich von der BJP im Stich gelassen fühlen. Die eigene Stammwählerschaft, die Dalits, sind von der Partei durchorganisiert und bilden bei allen Wahlen eine sichere Bank. Mit dem Konzept, sich als breite Plattform für alle sozialen Gruppen und Kasten zu präsentieren, macht sie nun vor allem der Kongress-Partei Konkurrenz, stellt aber die für die Kongress-Partei übliche Hierarchie, in der eine Brahmanenminderheit in der Führungsspitze der Partei eine Dalit- und Unterkastenmehrheit des Wahlvolkes anführt, auf den Kopf.

Während Mayawati die Dalits zum ersten Mal in der Demokratiegeschichte Indiens an die politische Macht gebracht hat, bleibt in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse alles wie gehabt. Obwohl die Partei von einer Frau angeführt wird, sind von den 206 gewählten Kandidaten gerade einmal zehn weiblich. Insgesamt sind nur 23 der 402 Abgeordneten des neuen Landesparlaments Frauen. Das bedeutet für die weibliche Bevölkerung in Uttar Pradesh weiterhin keine politische Repräsentation und in Folge dessen auch keine Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage. Das im Koalitionsprogramm der Zentralregierung in Delhi versprochene Gesetz zur Einführung der Genderquote für das Parlament und die Landtage wurde bisher nicht verabschiedet. Widerstand kommt vor allem von den Dalits

und OBCs, die eine Genderquote als Bedrohung für die eigenen reservierten Sitze sehen.



Mayawati löste ansonsten ihr Versprechen, alle sozialen Gruppen inklusive der Brahmanen in die Regierung einzubinden, unmittelbar nach der Vereidigung in ihr Amt ein. Sie berief in ihr Kabinett u.a. sieben Brahmanen, sechs Oberkastenmitglieder und fünf Muslime. Entsprechend ihrer Ankündigung, für Recht und Ordnung zu sorgen, erfolgte als erste Amtshandlung eine radikale Umbesetzung des als korrupt und ineffizient geltenden Polizeiführungsapparates in UP. Ihren Ministern verkündete sie, dass der Verdacht auf Amtsmissbrauch und Verstoß gegen die Arbeitsprinzipien der Partei zur sofortigen Entlassung aus dem Amt führen würde. Außerdem kündigte sie an, sich für eine Kasten-, kulturelle und religiöse Gruppen übergreifende Förderungspolitik für sozial und wirtschaftlich Benachteiligte einzusetzen. Die bisherige „Affirmative Action“-Politik, die die indische Gesellschaft erneut nach Kasten- und Geschlechterzugehörigkeit kategorisiert, hat bisher lediglich zur Förderung neuer Eliten innerhalb der benachteiligten Gruppen geführt. Außerdem wird sie von sämtlichen Parteien zum Stimmenfang instrumentalisiert. Die Klientelpolitik der Parteien vertieft dabei die Spaltung der indischen Gesellschaft, und schürt bewusst gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Gruppierungen.

„Alle Wege führen über Lucknow:“ Bedeutung für die Bundestagswahlen in 2009

„Alle Wege führen über Lucknow“, heißt es in Indien. Dies gilt insbesondere, wenn es um die politische Macht in Delhi geht. Lucknow ist die Hauptstadt von Uttar Pradesh, der wichtigsten Politikerschmiede des Landes. Hier wurden schon häufig landesweite politische

Trends gesetzt. Uttar Pradesh stellt 80 der insgesamt 543 Abgeordneten im Bundesparlament. Der überwältigende Sieg der BSP in Uttar Pradesh wird zweifellos die Parteidynamik auf Bundesebene beeinflussen. Vor allem für die beiden von Kongress und BJP angeführten Koalitionsbündnisse, United Progressive Alliance (UPA) und National Democratic Alliance (NDA), könnte der Sieg der BSP zu einer ernsthaften Herausforderung werden.

Die dramatischen Verluste der beiden nationalen Parteien, Kongress und BJP und der erste absolute Mehrheitssieg einer Einzelpartei seit 20 Jahren, noch dazu mit einer Dalit an der Spitze, werden vor allem im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen in 2009 bewertet. Da die BSP außer in Uttar Pradesh bisher nur in zwei weiteren Bundesstaaten, Madhya Pradesh und Rajasthan, sowie in Delhi präsent ist, gilt die BSP als regionale Partei. Doch sollte es der BSP gelingen, das von den nationalen Parteien adaptierte Konzept des „social engineering“, also die Einbindung unterschiedlicher Wählergruppen inklusive der Dalits, die immerhin ein Viertel der indischen Gesamtbevölkerung ausmachen, erfolgreich auf weitere Staaten zu übertragen und sollte es ihr außerdem gelingen, bei den im Jahr 2009 anstehenden nationalen Parlamentswahlen in Uttar Pradesh ähnlich gut abzuschneiden wie bei den Landtagswahlen, könnte sie zu einer nationalen Partei aufsteigen und das Erbe der seit langem kriselnden Kongress-Partei antreten.

Mit 80 Abgeordneten im Bundesparlament und insgesamt 402 Landesparlamentsabgeordneten wird Uttar Pradesh zudem entscheidend die in diesem Jahr anstehende Wahl eines neuen indischen Präsidenten bzw. einer Präsidentin mitbestimmen. Die Wahlversammlung besteht aus den Mitgliedern beider Häuser des nationalen Parlaments und der Landesparlamente. Die Amtszeit des derzeitigen Präsidenten Abdul Kalam Singh endet am 24. Juli dieses Jahres. In den Gesprächen, die Mayawati nach Amtsantritt mit der Kongress-Vorsitzenden Sonia Gandhi und Premierminister Manmohan Singh führte, sicherte sie diesen bereits die grundsätzliche Unterstützung ihrer Partei zu, machte aber das Abstimmungsverhalten bei den Präsidentenwahlen von einer Einigung auf eine/n gemeinsame/n

KandidatIn abhängig. Sollten sich die Koalitionäre der UPA mit der BSP und ihren Unterstützern aus dem linken Parteienspektrum auf eine/n KandidatIn einigen, könnten sie sich gegen eine/n KandidatIn der BJP, die sich mit der SP und den übrigen kleinen Oppositionsparteien einigen muss, durchsetzen. Die Präsidentenwahl wird somit zum Lackmustest für das Verhältnis Kongress und BSP.

Die Dauerkrise der Kongress-Partei

Seit den 80er Jahren hat die Kongress-Partei langsam aber stetig landesweit als stärkste säkulare Volkspartei an Bedeutung verloren.

Das nach dem englischen Mehrheitswahlprinzip funktionierende Wahlsystem hat dabei wesentlich zur fortlaufenden Zersplitterung der Parteienlandschaft beigetragen. Der landesweite Bedeutungsverlust der Kongress-Partei demotivierte die Parteibasis. Seit dem Verlust der Regierungsmehrheit in 1989 spielt der Kongress auch in Uttar Pradesh nur noch eine marginale Rolle. Dass die Partei bei den aktuellen Wahlen erneut Sitze verlor, schmerzt besonders, weil sämtliche Mitglieder der Gandhi Familie, angeführt vom „Kronprinzen“ Rahul Gandhi (37), für einen intensiven Kampagneinsatz in das Stammland der Kongress-Ikonen Nehru und Gandhi zurückgekehrt waren.

Dass der Markennahme Gandhi noch immer Breitenwirkung erzielt, zeigt die Tatsache, dass es Nehrus Urenkel durchaus gelang, große Menschenmengen zu versammeln und breite Medienaufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Was nicht gelang war, die breite Öffentlichkeitswirkung in Stimmen für die Kongress-Partei umzuwandeln. Die Kongress-Strategie "Brahmins, Muslims and Weaker Sections" (BMW) zu einer Wählerallianz zu bündeln, war von der BSP gekidnappt worden. Es fehlte der Partei an einer neuen Strategie und die Parteiorganisation war ein einziges Desaster. Im Laufe der Jahre hatte es die Kongress-Partei geschafft, ihre breite Anhängerschaft durch reine Machtpolitik à la Indira Gandhi, politische Elitenbildung und die Verwicklung von führenden Kongresspolitikern in Korruptionsskandale und kriminelle Machenschaften landesweit zu desillusionieren. Auch hat die wachstumsorientierte nationale Politik der aktuellen Kongress geführten Regierung für

die Bevölkerung des vom Landwirtschaftssektor dominierten Uttar Pradeshs bisher keine Vorteile gebracht hat.

Was den Vertreterinnen und Vertretern des Kongress am Ende des Tages blieb, war die Erleichterung über den Erdbeerschlag der nationalen Oppositionsparteien BJP und SP. Hierdurch wurde die Wahrscheinlichkeit für einen Bestand der Kongress geführten Koalitionsregierung in Delhi über das Wahljahr 2009 hinaus vergrößert. Die BSP hat die Koalition der UPA bisher unterstützt. Eine Stärkung der BSP ist somit von Vorteil.

Was die Zukunft der Kongress-Partei betrifft, so ist das Fazit von nunmehr drei Lok Sabha Wahlen und zwei Landtagswahlen im wichtigsten Bundesstaat UP, seit Sonia Gandhi als neue Hoffnungsträgerin 1999 den Parteivorsitz übernahm, denkbar schlecht. Die Kongress-Partei muss sich nun in Vorbereitung auf die nationalen Wahlen im Jahr 2009 eine Strategie überlegen, die über das Gandhi Charisma hinausgeht. Vor allem aber muss sie ihren Unterbau reorganisieren und mobilisieren. Die Befürchtung ist groß, dass sie bei den anstehenden Landtagswahlen in den Nachbarstaaten von UP, Madhya Pradesh und Rajasthan massiv Stimmen an die BSP verlieren könnte. Taktisch klug wäre es daher, so meinen Kommentatoren, wenn der Kongress eine landesweite Allianz mit der BSP eingehen würde. Doch heißt es, dass Mayawati an einer Allianz mit dem Kongress kein Interesse hat.

Der größte Verlierer ist die nationalistische Hindupartei BJP

Die größten Verluste musste die BJP hinnehmen. Sie erzielte ihr niedrigstes Wahlergebnis in UP überhaupt. Die BJP hatte sechseinhalb Jahre alleine und fast drei Jahre gemeinsam mit der BSP als Koalitionspartner in UP regiert. Zuletzt hatte sie mit der von der SP angeführten Koalition kooperiert. Den Wahlen in Uttar Pradesh gingen in diesem Jahr bereits drei Landtagswahlen in Manipur, Uttaranchal und Punjab sowie die wichtigen Stadtratswahlen in Delhi voraus. Die BJP hatte in Punjab, Uttaranchal und in Delhi gegen die regierende Kongress-Partei gewonnen. Nach der überraschenden Niederlage der BJP geführten Koalition der Nationalen Demokratischen Allianz (NDA) in den Bundesparlamentswahlen im

Jahr 2004 sah sich die nationalistische Hindupartei endlich wieder im Aufwind.

Mit ihrem ersten Wahlerfolg im Jahr 1991 hatte für die BJP der Aufstieg von der regionalen zur nationalen Partei in Uttar Pradesh begonnen. Der Auslöser für den Siegeszug der Safronpartei war der von den hindufaschistischen Vorfeldorganisationen, Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und Vishwa Hindu Parishad (VHP), geschürte Streit zwischen der Hindumehrheit und der Muslimminderheit um den Abriss der Babri Moschee in Ayodhya, eine der zahlreichen Pilgerzentren der Hindus in Uttar Pradesh. Die BJP als politischer Arm der RSS unterstützt die Forderung zur Widererrichtung des Ram Janmabhoomi Tempels auf dem angeblichen Geburtsplatz des Hindu gotes Ram, auf dem muslimische Herrscher im 16. Jhd. eine Moschee errichtet hatten. Dass die BJP, als sie an der Macht war, nicht Wort hielt, enttäuschte vor allem die Hinduextremisten in Uttar Pradesh.

Angeführt von Vertretern der RSS verfolgte die BJP bei diesen Landtagswahlen erneut eine Wahlkampagne, in der der Hindunationalismus im Mittelpunkt stand, der sich deutlich gegen die Muslimminderheit richtete. Neben dem andauernden Streit um den Ram-Tempel sollten vor allem nationale Themen wie der Friedensdialog mit Pakistan und der als Befriedungspolitik kritisierte Ansatz des Kongresses, in Zukunft die Muslimminderheit in das staatliche Förderungssystem einzubinden, den nötigen Zündstoff liefern. Doch ging die Rechnung nicht auf. Die übrigen Parteien werten die deutliche Niederlage der BJP in UP daher auch als Votum der Wählerinnen und Wähler gegen den von der BJP wiederbelebten Hindunationalismus.

Fazit

Mayawati ist es durch ihren Erdbeerschlag gelungen, das politische Establishment in Delhi kräftig aufzurütteln. In einer Situation, in der die nationalen Parteien, BJP und Kongress, zunehmend ihre Stammwählerschaft verlieren und überall auf Koalitionsbildung angewiesen sind, errang sie für ihre Partei die absolute Mehrheit. Gleichzeitig katapultierte sie ihre regionale Partei auf die nationale Agenda und brachte zum ersten Mal in der Geschichte der indischen Demokratie die Dalit an die politi-

sche Macht. Von euphorischen Kommentatoren wird sie bereits als potenzielle zukünftige Premierministerin gehandelt: „*If Mayawati can take her social engineering skills beyond Uttar Pradesh, she will be a potential prime minister candidate in 2009*“ (India Today, Mai 21, 2007). Doch auch wenn es ihr gelungen ist, die beiden nationalen Parteien 24 Monate vor den Bundestagswahlen kräftig auszubremsen, so muss sie nun erst einmal vor allem ihren neuen Wählerinnen und Wählern zeigen, das

sie liefert, was sie versprochen hat. Bei allen berechtigten Zweifeln an der Person Mayawatis sind ihr Sieg und nicht zuletzt die rechtmäßig abgelaufene Wahl in Uttar Pradesh auf jeden Fall ein großer Erfolg für Indiens Demokratie. Sollte das UP Experiment gelingen, wird es in Zukunft in Indien vielleicht irgendwann nicht mehr heißen: „*Indians don't cast their vote, they vote their caste.*“

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Beate Bartoldus, Tel.: 0228-883-516, E-Mail: Beate.Bartoldus@fes.de (verantwortlich)

Ulrike Ehnes, Tel.: 0228-883-508, E-Mail: Ulrike.Ehnes@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Asien und Pazifik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, Fax: 0228-883-575

Die Kurzberichte sowie Informationen zur Arbeit der FES in Asien finden Sie unter: www.fes.de/asien.